



# Wunschkonzert

*Die neue Regierung löste rund um das Thema Mindestsicherung heftige Diskussionen aus. Aber nicht nur bei der Zuwendungen an Arbeitslose, auch im Versicherungs- und Pensionsvorsorgebereich könnte sich so manches ändern. Einiges wäre durchaus notwendig, um einer zukünftigen Massenaltersarmut vorzubeugen.*

Mario Franzin

Eine neue Regierung will vieles neu und anders machen. Das darf gerne auch für einen Bereich gelten, der unter allen bisherigen Regierungen notorisch vernachlässigt wurde: die Versicherungswirtschaft. Sie ist ein stiller Begleiter und in entscheidenden Bereichen schützender Pfeiler der Gesamtwirtschaft ebenso wie persönlicher Risiken“, erklärt Marcel Mittendorfer, geschäftsführender Gesellschafter der renommierten Wiener Maklerkanzlei VERAG Veselka-Mittendorfer-Wanik. Dass ein ehemaliger Versicherungsmanager neuer Finanzminister ist, wird von dem Verag-Experten eventuell als Vorteil für längst fällige Reformen bei so manchen gesetzlichen Parametern im Versicherungsbereich gesehen. Da die mit Vorurteilen kämpfende

neue Regierung stets „an ihren Taten gemessen werden will“, geht die Wunschliste vielleicht nicht ganz ins Leere.

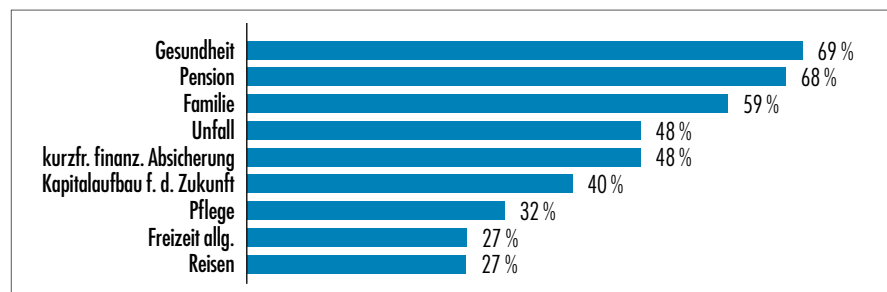
## DIE STAATLICHE RENTE WIRD UM ETWA EIN DRITTEL NIEDRIGER

Nur mit Vertrauen auf die staatliche Altersversorgung kann die Bevölkerung individuelle, über das staatliche Maß hinausgehende Altersvorsorge betreiben. Hier sind nachhaltige und glaubwürdige Reformen, Pläne und Aussagen vonnöten, an denen es in Österreich offensichtlich hapert. Zu viele verlassen sich auf die staatliche Pension, die – zumindest in ihrer Höhe – keineswegs so gesichert ist, wie viele annehmen. Denn es kommt nicht von ungefähr, dass der internationale Pensionsexperte Bernd Marin

feststellt, dass wir Österreicher immer noch ganz große Vorsorgemuffel sind. Bei den Lebensversicherungen zahlen wir nur etwa ein Drittel der Prämien im Vergleich zu den Schweden, Dänen und Engländern. „Die dritte Säule der Altersvorsorge macht bei uns nur 6,8 Prozent aus, die betriebliche (zweite Säule) gar nur 4,1 Prozent, während in der EU die Mehrheit der Bürger Anspruch auf eine Firmenpension hat.

„Man sollte sich nicht vollständig auf die staatliche Pension verlassen“, warnt auch der deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Pensionsexperte Bert Rürup. Die Pensionen sind in Österreich mit durchschnittlich 14-mal 1400 Euro pro Jahr noch vergleichsweise üppig, aber der Staat wird sich auf Dauer die dafür notwendigen Zuschüsse nicht leisten können. „In Österreich macht der Anteil des BIP, das für Pensionen ausgegeben werden muss, 13 Prozent aus, in Deutschland sind es 9,4 Prozent und im OECD-Durchschnitt 8,7 Prozent. Das wird sich der Staat in Zukunft aufgrund der demografischen Entwicklung nicht mehr leisten können“, kritisiert Rürup. Manfred Rapf, Vorstand der Wiener Städtischen Versicherung stimmt dem zu: „Vor allem die Jüngeren müssen mit gut einem Drittel niedrigeren Pensionen rechnen als heutige Rentempfänger. Das ist spätestens dann der Fall, wenn der Durchrechnungszeitraum ▶

## BESONDERS WICHTIGE VORSORGETHEMEN FÜR ÖSTERREICHER



Ängste vor der Zukunft resultieren aus dem raschen strukturellen Wandel unserer Gesellschaft. Die Politik ist gefordert, die Vorsorgethemen aufzugreifen und auf mehreren Ebenen zu fördern.

Quelle: IMAS

„Der Staat wird sich auf Dauer die hohen Zuschüsse für die Pensionen nicht leisten können“

*Bert Rürup,  
Pensionsexperte*



„Vor allem die Jüngeren müssen mit gut einem Drittel niedrigeren Pensionen rechnen“

*Manfred Rapf,  
Wiener Städtische*



„Die Versicherungswirtschaft wurde von allen bisherigen Regierungen notorisch vernachlässigt“

*Marcel Mittendorfer,  
VERAG*



für die Pensionshöhe von derzeit 29 auf 40 Jahre gestiegen ist.“

### BEREITSCHAFT ZUR VORSORGE IST IN ÖSTERREICH VORHANDEN

Nach einer Umfrage des Instituts für Markt- und Sozialanalysen (IMAS) im Auftrag der Erste Bank und der s Versicherung ist für mehr als vier Fünftel der 1000 Befragten die finanzielle Vorsorge eher wichtig (84 %), für zwei Fünftel sogar sehr wichtig (43 %). Man sollte es nicht glauben, aber auffallend vielen (91 %) ist das Thema der jungen Generation, der 16- bis 29-Jährigen, zumindest „eher wichtig“. Woran liegt es aber dann, dass wir Österreicher im Vorsorgeverhalten unterdurchschnittlich stark zur Tat schreiten? Denn das war nicht immer

so: Lebensversicherungen waren vor vielen Jahren regelrechte Verkaufsschlager, als man die Prämien vollständig von der Einkommensteuer absetzen konnte und zu den Garantiezinsen noch üppige Gewinnbeteiligungen erhielt. Oder erinnern wir uns zurück: Die prämiengünstige Zukunftsvorsorge war bei ihrer Neuauflage in den ersten Jahren (ab 2003) der absolute Renner. Bis 2009 wurden rund 1,5 Millionen neue Verträge abgeschlossen. 2013 lag das verwaltete Volumen bei 7,8 Milliarden – trotz der mittlerweile enttäuschten Anleger. Nun wollen wir die neue Regierung auch bei diesen Themen an ihren Taten messen. Dazu einige Vorschläge an die Politik, um den Österreichern Vorsorgeprodukte wieder schmackhafter zu machen.

### VERSICHERUNGSSTEUER SOLLTE ABGESCHAFFT WERDEN

Versicherungsprämien sind zwar umsatzsteuerbefreit, dafür wird die Versicherungssteuer als eine Ersatzsteuer eingehoben. Sie beträgt je nach Versicherungssparte zwischen ein und elf Prozent – beispielsweise bei Lebensversicherungen mit laufender Prämie vier Prozent, bei Einmalerlägen elf Prozent. „Aufgrund der entscheidenden Vorsorgefunktion für Private und Unternehmen regen wir an, die allgemeine Versicherungssteuer komplett abzuschaffen und damit die Eigenvorsorge der Österreicher unmittelbar zu unterstützen“, so der Vorschlag von Mittendorfer, „zudem würde bei der Steuererhebung ein massiver Verwaltungsaufwand wegfallen.“

### REFORM DER STAATLICH GEFÖRDERTEN ZUKUNFTSVORSORGE

Die bereits genannte geförderte Zukunftsvorsorge wurde im Jahr 2003 mit einer staatlichen Prämie von 9,5 Prozent aus der Taufe gehoben. Viele Produkte waren aber aufgrund ihrer Konstruktion – hoher Aktienanteil plus Kapitalgarantie – bei widrigen Marktbedingungen regelrechte Rohrkrepierer. Mittlerweile wurden die Anlagevorschriften mehrmals geändert. Auch die staatliche Prämie hat sich deutlich reduziert. 2018 erfolgende Einzahlungen in

dieses Instrument zur privaten Pensionsvorsorge werden mit 4,25 Prozent bis zu einer maximal geförderten Einzahlung von 2825,60 Euro (oder 235,47 Euro monatlich) gefördert. Die maximale Förderung beträgt 2018 somit 120,09 Euro. „Die Voraussetzungen dieser an sich sinnvollen Förderung für private Eigenvorsorge sollten massiv geändert werden. Die besonderen und noch immer komplizierten Anforderungen an die Veranlagung können aufgrund der umfangreichen von den Anbietern zu leistenden Garantien völlig entfallen. Am einfachsten wäre zum Beispiel die Ausweitung der Förderung auf beliebige Formen der Lebensversicherung in Form der Rentenversicherung“, schlägt Mittendorfer vor.

### STAATLICH GEFÖRDERTE ZUKUNFTSVORSORGE AUCH FÜR PFLEGE

Zusätzlich sollte die vor Kurzem ermöglichte, aber völlig inhaltsleere steuerliche Förderung der Übertragung von Kapital aus Zukunftsvorsorgeverträgen in eine Pflegeversicherung durch eine wesentlich sinnvollere Förderung ersetzt werden. Derzeit wird einfach, innerhalb des bestehenden Maximalrahmens, den Bürgern freigestellt, ob sie die staatliche Förderung für eine Pensions- oder eine Pflegeversicherung nutzen möchten. Angesichts völlig ungenügender Dotierung der Pflege, die für breite Bevölkerungsschichten ein reines Privatthema ist, wäre das eine notwendige und für die öffentliche Hand sogar günstige Maßnahme.

### STEUERFREIE ZUKUNFTSSICHERUNG FÜR ARBEITNEHMER

Und noch ein Wort zur betrieblichen Vorsorge: Der Freibetrag der steuerfreien Zukunftssicherung für Arbeitnehmer, bei der die Arbeitgeber die Prämien als Betriebsausgabe geltend machen können, ist seit dem Einkommensteuergesetz 1972 unverändert. Damals betrug dieser 4000 Schilling, aktuell liegt er bei 300 Euro pro Jahr bzw. 25 Euro pro Monat. Wenn betriebliche Vorsorge in Österreich nicht weiterhin ein Lippenbekenntnis bleiben soll, dann müsste dieser Betrag zumindest verzehnfacht werden. ◀